

Inhalt

MES-Beiratsexkursion nach Zagreb, Kroatien	3
<i>von Pola Böhm & Florence Mühlenbein</i>	
Neue Kooperation der Viadrina mit der Panthéon-Sorbonne (Paris 1)	7
<i>von Anne Gräfe</i>	
Bellevue-Forum mit Bundespräsident Gauck	10
<i>von Lena Brommer & Lea Jaenicke</i>	
Parlamentarismusprojekt im MES	13
<i>von Lara Gregl & Artur Kopka</i>	

Sehr geehrte|r Leser|in, liebe MES'ler

Liebe MES'ler, liebe Leserinnen und Leser,

dieser Newsletter gibt einen Rückblick auf das vergangene Semester. Zu lesen gibt es einen Bericht über die diesjährige Exkursion des MES-Beirats nach Kroatien, über die neue Kooperation der Viadrina mit der Universität Panthéon-Sorbonne, über das erste Bellevue-Forum von Bundespräsident Gauck sowie über das Parlamentarismusprojekt von Artur Kopka.

Wir möchten an dieser Stelle nochmals auf zwei wichtige Dinge hinweisen. Der MES-Beirat sucht dringend Unterstützung, da etliche Mitglieder im kommenden Semester in ihre Auslands- und Praktikumsphase gehen. Auch wird Unterstützung für den Brückenkurs gesucht, der wieder in der Einführungswoche von Studis für Studis durchgeführt wird. Es winken 3 ECTS für das PF-Modul! Bei Interesse am Beirat und/oder Brückenkurs meldet euch bitte so bald wie möglich unter mes_beirat@europa-uni.de.

Zudem findet auch in diesem Semester wieder das MES-Semestergespräch statt mit dem Koordinator Julian Irlenkäuser und dem MES-Beirat. Ziel ist es, Feedback und Anregungen von Studierenden zu bekommen, um unseren Studiengang noch weiter verbessern zu können. Termin ist der 03. Juli um 14 Uhr im Raum LH 101/102.

An diesem studentischen Newsletter kann jeder von Euch mitmachen und einen Beitrag leisten! Wenn Ihr Themenvorschläge, Kritik und Anregungen habt oder selbst einen Artikel zu einem Thema schreiben möchtet, zögert nicht und schickt Eure Ideen einfach an mes_students@europa-uni.de.

Wir wünschen euch viel Erfolg für die anstehende Prüfungsphase und eine erholsame vorlesungsfreie Zeit!

Euer MES-Team

Terminhinweise:

03.07. MES-Semestergespräch

08.07. Vortragsreihe „Europapolitik live“ zu „Cybersicherheit und die Rolle der EU“

07.-11.10. Einführungswoche Wintersemester

14.10. Vorlesungsbeginn

Ein besonderer Dank geht an die Autor|Innen und Fotograf|Innen dieser Ausgabe.

Redaktion: Lisa Dörr | Amelie Greser

MES-Beiratsexkursion nach Zagreb, Kroatien Fully prepared or not?

Von Pola Böhm & Florence Mühlenbein

Ziel der Studienfahrt des Masterstudienganges European Studies war in diesem Semester die kroatische Hauptstadt Zagreb. Nicht Brüssel oder Straßburg, eher „traditionellen“ Destinationen einer Europa-Exkursion, sondern Kroatien galt unser Interesse: der kleine Staat an der Adriaküste, vor allem bekannt als beliebtes Tourismusziel und aus Medienberichten über Korruption und Kriegsverbrechertribunale. Nach nunmehr fast 6 Jahren schwierigen Beitrittsverhandlungen und rund 10 Jahren Integrationsprozess wird Kroatien am 1. Juli 2013 als 28. Mitgliedsstaat der Europäischen Union beitreten. Zeit für einen Besuch, fanden wir. Der MES-Beirat hatte für die 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein vielfältiges

Programm organisiert, das uns erlaubte in der Kürze von 3 Tagen sicher keinen umfassenden, aber einen sehr facettenreichen Eindruck von Kroatien zu bekommen.

Ist Kroatien bereit für die EU?

Die 35 Verhandlungskapitel sind geschlossen und Kroatien steht vor der Herausforderung auch in der Praxis zu beweisen, dass es bereit für die EU ist. Tatsächlich war „fully prepared“ einer der Ausdrücke, den wir am häufigsten innerhalb dieser 3 Tage hören sollten. Nach Aussage des Attaché für Politische Berichterstattung der EU-Delegation zu Kroatien, Martin Mayer, hat sich Kroatien mit großen Schritten entwickelt – politisch, wirtschaftlich, das Rechtssystem und auch Themen wie Korruption oder die Aufarbeitung der

Kriegsvergangenheit betreffend – und somit die Kriterien für die Mitgliedschaft erfüllt.

Wie stabil die wirtschaftliche Situation tatsächlich ist, wird sich nun inmitten der Eurokrise beweisen müssen: Viele Unternehmen gingen infolge von Privatisierungen und Restrukturierungen bankrott, seit 1997 in Kroatien die Marktwirtschaft eingeführt wurde. Die Kroatische Wettbewerbsagentur schätzt, dass zudem viele Unternehmen nicht ausreichend vorbereitet sind für den Europäischen Markt. Sie begleitet und übernimmt die schwierige Aufgabe, die kroatische Wirtschaft an die EU-Anforderungen hinsichtlich staatlicher Beihilfen und freiem Wettbewerb anzupassen.



Martin Mayer (vorne, Mitte) von der EU-Delegation zu Kroatien mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der MES-Exkursion. © Delegation of the European Union to the Republic of Croatia

Insbesondere im Bereich der kroatischen Schiffswerften, die in der Vergangenheit in hohem Maße staatlich subventioniert gewesen sind, gab es großen Handlungsbedarf. Darko Šeperić Koordinator für Europäische Integration bei der Union of Autonomous Trade Unions of Croatia, kritisierte zudem die unzureichende Einbindung der Gewerkschaften in den europäischen Integrationsprozess, das Fehlen einer konkreten Folgenabschätzung und einer Zukunftsstrategie für die kroatische Wirtschaft. Weiterhin ist man besorgt, ob die vorhandenen Strukturen der kroatischen Verwaltung genügen, um die „Extraarbeit“, die mit dem Beitritt Kroatiens in die EU einhergeht, im ausreichenden Maße bewältigen zu können.

Ein weiteres Problem ist die Arbeitslosigkeit, die in Kroatien im Januar 2013 aufgrund anhaltender Rezession und Reformprozesse bei 21,7% lag (Quelle: Croatian Bureau of Statistics) - die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei knapp 52 %. Nach Angaben von Marko Boko, Vorsitzender des Nationalen Jugendrates und Mitglied der jungen europäischen Föderalisten, belegt Kroatien bei Letzterem hiermit den 3. Rang im europäischen Vergleich. So

wird der EU-Beitritt Kroatiens - nach Einschätzung mehrerer unserer Gesprächspartner - sowohl neue Jobperspektiven bringen, als auch bestehende Arbeitsplätze kosten. In welchem Verhältnis diese beiden Gewichte stehen, werden die Folgemonate zeigen. Die Öffnung des europäischen Arbeitsmarktes für kroatische Arbeitnehmer mag im ersten Augenblick positiv erscheinen, dennoch erfordert sie - lässt man die Niederlassung europäischer Firmen in Kroatien außen vor - ein hohes Maß an Mobilität. Aufgrund der Tatsache, dass die Kroatinnen und Kroaten überdurchschnittlich viel Wohneigentum haben, steht der Beweis noch aus, dass sie die erforderliche Mobilität des europäischen Arbeitsmarktes mitgehen werden. Parallel wird Kroatien ab dem 1. Juli aus dem Mitteleuropäischen Freihandelskommen (CEFTA) austreten müssen. Dies könnte zusätzlich bis zu 10.000 Arbeitsplätze kosten und wird zu negativen Veränderungen im Handel mit den Nachbarländern Serbien und Bosnien-Herzegowina führen, da dann zuvor beseitigte Handelsschranken und Zölle wieder eingeführt werden.

EU-Beitritt: Chance oder Risiko?

Besonders aufschlussreich war auch die unterschiedliche Wahrnehmung des EU-Beitritts seitens der politischen Eliten und der Bevölkerung - die Meinungen hierzu klaffen erstaunlich weit auseinander. Während die Regierungsinstitutionen oder politiknahen Organisationen fast ausschließlich optimistisch sind und zwischen Herausforderungen und Vorteilen des EU-Beitritts unterscheiden, sind Einzelpersonen - und zwar (so unser Eindruck) unabhängig von Bildungsgrad oder Sozialisierung - eher indifferent bis pessimistisch. Gerade unter jungen Menschen herrscht insgesamt eine große Skepsis darüber, ob ihr eigener Staat sowie die Europäische Union in der Lage sein werden, ihre Zukunftsperspektiven durch den Beitritt zu verbessern.

Kroatien hat anders als seine Nachbarstaaten die Chance ergriffen, das Land nach Kriegsende und der Ära Tuđman von Grund auf zu reformieren und rechtlich, ökonomisch und politisch unabhängiger zu werden und zu wachsen. Gleichzeitig war der Reformdruck auch mit Kosten verbunden, die letztlich auch die Bürgerinnen und Bürger zu tragen haben, so wie etwa die

hohe Arbeitslosigkeit. Der verblässende Enthusiasmus seitens der Bevölkerung beruht insbesondere auch auf einer mangelhaften Informationskampagne seitens der Regierung, welche anfangs nur über Vorteile und finanzielle Hilfen der EU, wie beispielsweise Strukturfonds, informierte und die Herausforderungen verschwiegen habe, so Daniel Mondekar, Abgeordneter des kroatischen Parlaments Sabor sowie Vorsitzender des angegliederten Ausschusses für Europäische Integration.



Graffiti an einer Hauswand in Zagreb © liegt bei den Autorinnen

Der Fakt, dass nur Kroatien beitrifft und kein anderes der restlichen Staaten des westlichen Balkans, birgt durchaus Risiken. Prof. Dejan Jović von der Universität Zagreb erläuterte hierzu seine Besorgnis: Nach dem Beitritt wird die längste EU-Außengrenze entlang der bosnisch-kroatischen Grenze verlaufen, auch mit Serbien

wird Kroatien wieder eine starre Grenze haben. Das Border Regime wird Kroatien mit bisher unbekanntem Phänomenen wie Migration und Grenzsicherung konfrontieren. Das eigentlich Explosive daran ist aber, dass diese neue Grenzziehung zu einer Stärkung nationaler Tendenzen führen könnte – durch die Militarisierung an der Grenze und den Ausschluss von Serbien und Bosnien, mit denen Kroatien ja eine Kriegsvorgeschichte teilt. Es besteht laut Prof. Jović die Gefahr, dass der Anschluss Kroatiens an die EU die Region destabilisieren könnte, wo sie

doch eigentlich als Friedensprojekt verstanden sein will. Schließlich wird hier nun wieder eine Grenze errichtet, die vorher nicht unüberwindbar war, zumindest nicht formal.

Nach Ansicht der politischen Verantwortlichen auf kroatischer und auf EU-Seite stellt dies keine Gefahr dar. Im Gegenteil, sowohl der

Parlamentarier Mondekar, als auch Martin Mayer von der EU-Delegation betonten den motivierenden Effekt, den der Beitritt Kroatiens auf die übrigen Balkanstaaten haben werde. Die politischen Auswirkungen könne niemand voraussehen. Jedoch bleibe weiterhin zu beobachten, ob Kroatien auch zukünftig an einer EU-Erweiterung interessiert sein werde oder ob die kroatische Grenze für Kroatien auch das Ende Europas markiert – dies wird wohl wesentlich von den politischen Kräfteverhältnissen im Land abhängen, d.h. ob die nationalistischen oder die gemäßigten Parteien in der Regierungsverantwortung sein werden.

Auch Europa kann von Kroatien lernen. Denn Kroatien macht in diesem Moment vor, dass es sich noch lohnt, an die Europäische Idee zu glauben, während in den europäischen Mutterländern Krisenrhetorik vorherrscht und Antieuropa-Parteien gegründet werden. Insofern kann uns ausgerechnet in diesem Moment Kroatien einen neuen frischen Blick auf das Europäische Projekt, das ja viel mehr ist als eine Wirtschaftsunion, schenken.

Danke!

Unser Fazit: Europa lernt man nicht in Büchern kennen, sondern durch Erfahrungen wie diese Studienfahrt! Darum gilt unser herzlicher Dank für diese spannende Exkursion dem MES-Beirat für die Organisation sowie dem Lehrstuhl für European Studies und dem StuPa sowie dem AStA für die großzügige Unterstützung. Ein besonderer Dank gilt auch unseren Gesprächspartnern in Kroatien, die uns einen vielfältigen Einblick in das Thema gegeben haben und sich die Zeit genommen haben, unsere zahlreichen Fragen zu beantworten. Für jene, die sich für Kroatien und den EU-Beitritt interessieren, sei an dieser Stelle folgender Literaturhinweis gegeben:

APuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte: Kroatien 63. Jahrgang, 17/2013, 22.April 2013 (Bundeszentrale für politische Bildung) URL: <http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/158176/kroatien>

Besuchte Institutionen:

Croatian Competition Authority
Tatjana Jakovljević Head of Competition Advocacy,
<http://www.aztn.hr/>

Universität Zagreb, Master of European Studies

Prof. Dejan Jović (Foreign Policy) und Prof. Siniša Rodin (EU Law),
<http://www.mes.com.hr/>

Sabor (Kroatisches Parlament)
Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Europäische Integration

Daniel Mondekar (SDP),
<http://www.sabor.hr/>

State Office for Trade Agency
<http://www.dutp.hr/default.aspx?id=79>

Union of Autonomous Trade Unions of Croatia

Darko Šeperić, Coordinator for European Integration,
<http://www.sssh.hr/en>

Delegation of the EU to Croatia
Martin Mayer, Attaché Political Matters,
<http://www.delhrv.ec.europa.eu/?lang=en>

Young European Federalists und National Youth Council
<http://www.jef.eu/> und
<http://orgs.tigweb.org/croatia-national-youth-council-nacionalni-savez-mladih-hrvatske>

Neue Kooperation der Viadrina mit der Panthéon-Sorbonne (Paris 1)

Pensées Françaises Contemporaines

Von Anne Gräfe

Der Vielfalt des französischen wissenschaftlichen Denkens wird mit dem Begriff der „**Pensées Françaises Contemporaines**“, dem Titel der an der Viadrina strategisch eingerichteten Gastprofessur, Rechnung getragen. Der Plural verweist auf die Diversität französischen wissenschaftlichen Denkens im Hinblick auf unterschiedliche Disziplinen und Gegenstände des sozialen Lebens. Die Gastprofessur widmet sich der analytischen Betrachtung, Rekonstruktion und Kritik dieser „pensées françaises contemporaines“. Dabei stehen Beeinflussungen, Transformationen, Schnittstellen und Übersetzungen einzelner Denkpositionen in unterschiedlichen Gesellschaftswissenschaften im Mittelpunkt. Relevant sind im Einzelnen sehr unterschiedliche theoretisch-philosophische Kontexte und Ursprünge, die – von Frankreich her kommend – in einem transnationalen Wissenschaftsraum verarbeitet und weiterentwickelt wurden. Die Gastprofessur verfügt über einen wissenschaftsgeschichtlichen sowie wissenschafts-

lichen Schwerpunkt und soll einen wichtigen Beitrag leisten, dem Gründungsauftrag der Europa-Universität Viadrina als Reformuniversität mit einer europäischen Perspektive nachzukommen.

Die beiden Universitäten Panthéon-Sorbonne (Paris 1) und Viadrina (Frankfurt/Oder) sind durch ähnliche Strukturen geprägt, nämlich durch das Nebeneinander von Kultur-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Dadurch wird der Fokus auf kulturelle und soziale Elemente des menschlichen Zusammenlebens gerichtet: auf Gesellschaften in ihrer historischen, politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verfasstheit. Die Auseinandersetzung mit ihnen verlief hier wie dort nach bekannten Sequenzen. Man setzte sich a) mit der Moderne, b) reflexiven Perspektiven auf die Moderne und c) mit verschiedenen „post-modernen“ Konstellationen auseinander. Bedingt durch unterschiedliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen, voneinander abweichende Wissenstraditionen und nicht zuletzt durch unterschiedliche

Hochschulstrukturen verlief die wissenschaftliche Relativierung der Moderne in einzelnen Ländern allerdings alles andere als synchron. Länderspezifische Verläufe bei der Auseinandersetzung mit Gesellschaft werden damit zu einem eigenen Gegenstand wissenschaftlicher Erkenntnis.

Aus der Außenperspektive zeichnen sich das französische wissenschaftliche Denken sowie die von diesem ausgehenden gesellschaftstheoretischen Impulse insbesondere durch zwei Aspekte aus. Zum einen steht – viel stärker als etwa im deutschen oder angelsächsischen Raum – der Staat im Zentrum des sozialwissenschaftlichen Denkens: insbesondere durch den normativ besetzten Begriff der Republik als Garant und Verkörperung des Gemeinwohls. Zum anderen erscheint die französische Wissenschaft durch eine besonders ausgeprägte epistemologische Kritik charakterisiert.

Dabei kann in wirtschaftswissenschaftlicher Hinsicht im Fokus stehen, wie das

republikanische Modell mit einer ökonomischen Vorstellung verbunden wird, die dem Staat eine starke Rolle bei der Regulierung der Wirtschaft und dem Management wirtschaftlicher wie sozialer Konflikte zukommt. Anders als im angelsächsischen Raum oder auch in Deutschland steht in der französischen Wirtschaftswissenschaft nicht die Frage im Raum, ob der Staat in das Wirtschaftsleben eingreifen soll. Vielmehr werden Spielarten diskutiert, in welcher Form dies zu geschehen hat. Dabei wird konstatiert, dass sich das französische Modell vom Dirigismus/Etatismus zum koordinierenden Korporatismus entwickelt hat – dass also der französische Staat seit den 1970er-Jahren sein Rollenverständnis deutlich geändert hat. Im Lichte auch des neueren neo-institutionellen Denkens (z.B. organizational/strategic path dependence, leadership identity) ist allerdings eine langfristige Wirksamkeit von eingeübten Handlungsmustern und somit das Fortschreiben „französischer“ Praktiken auch im Kontext von Europäisierung und Globalisierung zu erwarten. Zugleich ist die französische Philosophie (insbesondere der Poststrukturalisten) im Hinblick auf die wirtschaftliche Sphäre von einer starken Kritik an den Fundamenten der liberalen

Wirtschaftsordnung geprägt. Liberalismus, Neoliberalismus und Ordoliberalismus führen in dieser Spielart dazu, dass wirtschaftliche Interessen zum bestimmenden Prinzip der Regierungspolitik werden und so den Staat bzw. das herrschende Regime erst legitimieren. Daher wird z.B. die Frage, welche Akteursgruppen im Rahmen der Finanzkrise welche Konsequenzen zu tragen haben, in Frankreich stärker als andernorts als Frage nach der Verantwortung des Staates gestellt. In deutlicher Abgrenzung zum marxistischen Denken wird hier weniger nach den Interessen einzelner Klassen/Netzwerke und deren Einfluss auf den Staat gefragt. Vielmehr findet mit den französischen Denkern seit den 1960er-Jahren erneut eine umfassende Kritik am Kapitalismus statt, nach der dieser Staat und Gesellschaft kognitiv und immateriell erfasst und steuert, so dass gesellschaftliche Gleichheit, Freiheit und Solidarität auf lange Sicht gefährdet sind.

In der Rechtswissenschaft äußert sich das normative Gewicht von Staat, Republik und Gemeinwohl unter anderem in einer spezifischen Herangehensweise an die Europäisierung des Rechts.

Einerseits scheinen Themen wie Dezentralisierung und Föderalisierung nicht zuletzt durch das Einsickern der europäischen Integration in den Vordergrund zu treten – hier wirkt die zentralstaatliche Organisationsform bis heute nach. Andererseits steht in Frankreich die „Demokratie“ im Zentrum des rechtswissenschaftlichen Denkens, wenn es um die Legitimität europäischen Regierens geht. Dies steht in deutlichem Kontrast zu den Diskussionen um die Gültigkeit von Grundrechten und die Verwirklichung von Subsidiarität, die z.B. die deutschen Debatten geprägt hat.



Für die Kulturwissenschaften sind jene wirkmächtigen philosophischen, sozialwissenschaftlichen und literaturwissenschaftlichen Theorien relevant, die im angelsächsischen Raum als „French Theory“ bezeichnet werden. Dabei handelt es sich um in Frankreich angestoßene wissenschaftliche Theorieentwürfe, die auf eine Repositionierung des Subjekts in der Geschichte abzielen und dabei nicht zuletzt an die deutsche Geistesgeschichte anknüpfen. Die

„French Theory“ besteht aus einigen zentralen Figuren, die ihrerseits viele theorieimmanente Weiterentwicklungen inspiriert haben. Die Darstellung dieses „französischen Denkens“ sowie die Betrachtung der länderübergreifenden Rezeptionswege soll eine der Aufgaben der Gastprofessur sein. Interessant erscheinen dabei zum einen Auswirkungen auf die empirische Sozialforschung (z.B. „Diskurs/ Diskursanalyse“ im Gefolge von Foucault und Laclau/Mouffe oder „Praxis/ Praktiken“ im Anschluss an Bourdieu), zum anderen die zahlreichen Anknüpfungspunkte für neuere politische Bewegungen.

Darüber hinaus stellt die „French Theory“ einen Anknüpfungspunkt für einen grenzüberschreitenden Widerstreit zwischen Ästhetik und Kunst dar. Während man hierzulande im Gefolge des deutschen Idealismus oder der Kritischen Theorie über das Ende oder die Souveränität der Kunst streitet, gewinnt die Frage, wie es um die Kunst der Gegenwart gestellt ist, in Frankreich unter dem Titel „Unbehagen in der Ästhetik“ an Kontur. In Verbindung von bildhermeneutischen und phänomenologischen Perspektiven öffnen sich hier neue kulturwissenschaftliche Wissensfelder: Welche Bilder haben das Potential, Position zu beziehen? Wie verhalten sich Vision, Geschichte und Entwurf

zueinander? Was zerstören, bewirken und hinterlassen brennende Archive? Wenn Kunst ein widerständiges Potential besitzt, so stellt das eine Neudefinition sowohl von Ästhetik als auch von Politik in Aussicht.

Zusammenfassend besteht das Ziel der Gastprofessur darin, Eigenarten des französischen wissenschaftlichen Denkens darstellend (für das deutsche und internationale Publikum an der Viadrina) herauszuarbeiten und dabei einen besonderen Fokus auf Verbreitungswege und „nicht-französische“ Bezüge zu legen.

Bellevue-Forum mit Bundespräsident Gauck „Europa – mehr Mut bei allen!“

Von Lena Brommer & Lea Jaenicke

Im Rahmen des am 22. Februar 2013 mit einer Rede zum Thema Europa eröffneten Bellevue Forums, lud Bundespräsident Joachim Gauck rund 60 Studierende zu einer Diskussion. Um ein fundiertes Gespräch über Europa mit jungen Europäern zu ermöglichen, hatte der Bundespräsident Studierende europawissenschaftlicher Studiengänge aus Berlin, Frankfurt/Oder, Potsdam und Paris geladen. Die Themen des Bellevue Forums lauteten: *die Institutionen als Architektur Europas, Europas Identität und seine Werte sowie die Zukunft Europas.*

Vorbereitet wurde dieser Termin unter anderem mit einem Workshop unter der Leitung von Prof. Dr. Gesine Schwan.

Am Morgen des 31. Mai 2013 trafen sich die Studierenden im Schloss Bellevue, um mit dem Bundespräsidenten zu diskutieren. Sicherlich waren die meisten sehr gespannt auf dieses Treffen. Nach den Vorbereitungen mit der Entourage und einem formellen Prozedere am Schloss, betrat der Bundespräsident pünktlich um 11 Uhr das Empfangszimmer. Mit einem herzlichen „Guten Morgen!“ begrüßte er die Anwesenden.

Schnell war das Eis gebrochen – dies ermöglichte eine wahre Diskussion anstelle eines bloßen Austauschs von Höflichkeitsfloskeln. Denn, so angekündigt, gehe es beim Bellevue Forum nicht darum, „wer Recht hat und wer nicht“. Vielmehr sollen „Bürgerinnen und Bür-

ger ihr Europa mitgestalten“; der Bundespräsident erklärte, er sehe sich „als Teil der Debatte“. Dies wurde durch die aprotokollarische Sitzordnung in Form eines Stuhlkreises nur zu gut verdeutlicht. Der Bundespräsident betonte, er wolle die Auseinandersetzung mit allen Meinungen, mögen sie noch so unterschiedlich sein. Er müsse in seiner Funktion auf die Widersprüche in der Gesellschaft achten, dabei aber nicht zwingend mit jeder Meinung übereinstimmen. Denn ein Bundespräsident, der allem zustimme, würde weder uns noch ihm selbst etwas bringen; er würde sich dann „selbst nicht mehr leiden“ können, so Gauck.

Den Schwerpunkt des ersten Teils der Diskussion bildeten *die Institutionen als Architektur Europas*. Die Studierenden wurden von Herrn Gauck aufgefordert eine pragmatische Perspektive einzunehmen und konkrete Handlungsempfehlungen zu nennen. Seien allerdings die Ziele zu hoch gesteckt und könnten kurzfristig nicht erreicht werden, so erklärte er, würde dies zu Frustration und Ablehnung führen.



Schloss Bellevue © Lisa Dörr

Die Vorschläge der Studierenden bezogen sich unter anderem auf die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und die Direktwahl des Kommissionspräsidenten. Auch wenn diese Ideen bereits seit langem Teil der wissenschaftlichen Debatte sind, wurde von den jungen Teilnehmenden auch in diesem Kontext ein Mehr an Input-Legitimation gefordert. Die Fragen nach dem Interesse und der Wahlbeteiligung an europäischen Wahlen wurde unter den Studierenden mit breitem Konsens mit der Notwendigkeit von Verantwortung beantwortet. Allerdings war hier nicht ausschließlich die Verantwortung der Bürger - wie der Bundespräsident in seiner Europa-Rede bereits betonte - gemeint, sondern auch die der Europäischen Union.

Außerdem wurde der Wunsch nach Stärkung der europäischen Judikative und nach weitreichenden Sanktionsmöglichkeiten geäußert, um sowohl die Mitgliedstaaten als auch die EU-Institutionen besser

zur Verantwortung ziehen zu können, wenn vertragliche Verpflichtungen nicht erfüllt würden.

Europäische Identität kann nur gestärkt werden, wenn das Be-

wusstsein für ethnische und kulturelle Vielfalt vorhanden und von allen anerkannt wird. Darin lag der Fokus des zweiten Teils *Europas Identität und seine Werte*. Nur durch gegenseitige Solidarität könne ein würdevoller europäischer Integrationsprozess im Sinne aller beteiligten Staaten und Bürger zukünftig gestaltet werden. Beispielhaft wurde hier über die Rolle einzelner Mitgliedstaaten und deren gesamteuropäische Wahrnehmung debattiert. Dabei wurde vielfach auch auf die Rolle Deutschlands in den aktuellen finanzpolitischen Dis-

Solidarität unter anderem sowohl die Vergemeinschaftung von Schulden als auch eine Verteilung der Gewinne zu zählen sind. Die Äußerungen der Studierenden bezogen sich dabei explizit auf die Verantwortung der Staats- und Regierungschefs, die Europäische Union im jeweiligen nationalen Kontext nicht als „Sündenbock“ darzustellen, sondern zu ihrer Verantwortung als Teil des Projekts Europa zu stehen. Anders könne der gemeinsame Wertekanon, wie er im Primärrecht der Europäischen Union festgeschrieben ist, nicht glaub-



MES-Studierende mit dem Bundespräsidenten © Moritz Mumme

kursen verwiesen - welches trotz seiner aktuellen ökonomischen Stärke keinesfalls eine vorherrschende Position einnehmen dürfe. Einigkeit unter den Studierenden bestand darin, dass zu einer gegenseitigen

würdig eingehalten werden.

Wie also kann *die Zukunft Europas* aussehen? Aus heutiger Perspektive - so empfanden es die Studierenden - ist auch positiv zu bewerten, dass noch

nie häufiger in den Medien über Europa berichtet wurde. Allerdings besteht die Forderung, die aktuelle Berichterstattung durch detaillierte Berichte zu ergänzen, um den Lesern die Möglichkeit zu bieten, über das Alltagsgeschäft der Europäischen Union hinaus mehr über die europäischen Strukturen zu lernen und ein differenzierteres Bild zu erhalten. Vielleicht – so wünschten sich die Studierenden – gebe es in Zukunft doch ein Schulfach „Europa“. Dieses könnte sowohl die Vielfalt als auch Gemeinsamkeiten Europas beleuchten, weiteren Austausch zwischen den Ländern ermöglichen und insgesamt mehr Möglichkeiten schaffen der Komplexität des Themas gerecht zu werden.

Der zeitliche Rahmen ließ leider nicht zu, die Zukunft Europas im Hinblick des europäischen Erweiterungsprozesses zu betrachten oder angemessen über die EU in den internationalen Beziehungen zu diskutieren. Dennoch konnten die Studierenden, und hoffentlich auch der Bundespräsident, viele Inspirationen und Denkanstöße aus dem Schloss mitnehmen. Die Verantwortung zu Herrn Gaucks Aussage „Mehr Europa braucht Differenzierungen“ liegt jedenfalls bei allen beteiligten Akteuren.

Wir möchten hiermit ein herzliches Dankeschön für die Einladung zu diesem erfolgreichen Bellevue Forum aussprechen und würden uns wünschen, wenn viele junge Menschen unterschiedlichen Hintergrunds die Möglichkeit hätten, ihre Ideen und Vorstellungen über das Bellevue Forum mitzuteilen.

Genau wie Sie, Herr Gauck, sind auch wir auf die zukünftige Entwicklung Europas gespannt.

Die gesamte Veranstaltung gibt es auch als Stream auf youtube <https://www.youtube.com/watch?v=1XzCg5kxKR0>

Projekte im MES

Parlamentarismus und Demokratie im deutsch-polnischen Vergleich

Von Lara Gregl & Artur Kopka

Im Wintersemester 2012/2013 wurde am Lehrstuhl Vergleichende Politikwissenschaft (Prof. Dr. Michael Minkenberg) in Zusammenarbeit mit der AMU Poznań das von der Stiftung für die Deutsch-Polnische Zusammenarbeit geförderte Projektseminar „Parlamentarismus und Demokratie im deutsch-polnischen Vergleich“ durchgeführt. Das Programm der von Artur Kopka konzipierten Veranstaltung beinhaltete zwei parallele politik-

wissenschaftliche Lehrveranstaltungen, für Studierende der EUV in Frankfurt (Oder) und für Studierende der AMU in Poznań, zwei damit verbundene gemeinsame thematische Exkursionen nach Warschau und Berlin sowie einen gemeinsamen Diskussions- und Forschungsworkshop in Frankfurt (Oder). In der Lehrveranstaltung wurden Geschichte, Struktur und Funktionsweise der

Parlamente im jeweiligen politischen System in Polen und Deutschland diskutiert. (Die vergleichende Analyse geschah unter Heranziehung der einschlägigen theoretischen Ansätze und empirischen

die Regierungskanzlei sowie den Präsidentenpalast und bekamen dabei die Gelegenheit, mit den Mitarbeitern sowie mit den Abgeordneten verschiedener politischer Fraktionen persönliche Gespräche über



Teilnehmer der Exkursion beim Verfassungstribunal © Artur Kopka

Studien.) Darüber hinaus wurde den Studierenden die Möglichkeit gegeben, in thematischen Exkursionen einen Einblick in die im Seminar analysierten politischen Institutionen zu gewinnen und deren Funktionsweise vor Ort zu erleben.

Während der Studienreise nach Warschau besuchten die Studierenden das Verfassungs-tribunal, den Polnischen Sejm,

den Alltag der polnischen Demokratie zu führen.

Während der Exkursion nach Berlin war u.a. der Besuch des Bundeskanzleramts geplant. Dieser fiel leider etwas kürzer als ursprünglich vorgesehen aus, da dort aufgrund des Rücktrittes von Ministerin Schavan eine Pressekonferenz einberufen wurde. Die Gruppe konnte jedoch das Außengelände des Kanzleramtes besichtigen. Die

sowohl Deutsch als auch fließend Polnisch sprechende Mitarbeiterin des Besucherdienstes gab den Studierenden einen Einblick in die Geschichte und Funktion des Gebäudes sowie die dort stattfindenden Arbeitsabläufe. Danach besuchte die Gruppe den Deutschen Bundestag. Dabei nahmen die Studenten an einem Vortrag über die Geschichte und die Funktionsweise der deutschen Demokratie auf der Besuchertribüne sowie an einer Führung durch die Fraktionsräume und der Besichtigung der Kuppel teil. Im Rahmen des abschließenden wissenschaftlichen Workshops wurden am nächsten Tag in Frankfurt (Oder) die theoretisch und praktisch erworbenen Kenntnisse erweitert und der vertiefte Wissensaustausch zwischen den Studierenden beider Universitäten ermöglicht.



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Der Kritik der Teilnehmenden zufolge war das Projektseminar ein voller Erfolg. Innerhalb des Unialltags seien Seminare, die Theorie und Praxis miteinander verbinden und einen internationalen Vergleich bieten, etwas sehr außergewöhnliches, deshalb empfanden alle Stu-

denten die Teilnahme an derartigen grenzüberschreitenden Projekten als besonders empfehlenswert. Besonders positiv hervorgehoben wurde die deutsch-polnische Perspektive des Seminars. Alle Studierenden bewerteten es als positive Erfahrung, sich mit ihrer eigenen Sichtweise auf die Funktionsweise der politischen Systeme in Deutschland und Polen konfrontiert zu sehen. Sowohl die Diskussionen während der Veranstaltungen selbst, als auch in Kleingruppen außerhalb, erweiterten den Horizont der Teilnehmenden und schafften eine einzigartige Atmosphäre. Darüber hinaus bot der deutsch-polnische Bezug des Seminars für einige Studierende die Gelegenheit, ihre Fremdsprachenkenntnisse anzuwenden und zu vertiefen. Außerdem gefiel den Teilnehmenden die besondere Verbindung von Theorie und Praxis. Für den Einzelnen sei es meist schwierig, die Möglichkeit zu erhalten, politische Institutionen nicht nur zu besuchen, sondern anschließend auch mit dort tätigen Personen zu diskutieren und Ihnen Fragen zu stellen. Das Projektseminar bot somit die Chance, theoretische Kenntnisse in der Praxis zu beobachten und zu überprüfen. Die theoretischen Sitzungen vertieften und systematisierten das Basiswissen

der Studierenden. Die lebhaften Diskussionen rund um die Referate regten zur Mitarbeit und zum Nachdenken an.

Durch diese Art der Seminare durchführung sowie die Exkursionen nach Warschau und Berlin erwarben die Studierenden Wissen und Kompetenzen, die nicht durch ein einfaches Lehrbuch zu erfahren sind. Bezüglich der Exkursionen nach Warschau und Berlin hoben die Teilnehmenden positiv hervor, dass sich die Gesprächspartner in den einzelnen Institutionen viel Zeit nahmen und gerne zu mitunter kontroversen Diskussionen bereit waren. In Warschau hatte die Gruppe zudem das Glück, an einem politisch sehr ereignisreichen Tag die Sitzung im Sejm beobachten zu dürfen. Es wurde über drei Gesetzesentwürfe zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften abgestimmt, die zuvor sehr hitzig diskutiert wurden. Die Abgeordneten, die sich während der Sejmsitzung zu Wort meldeten, zeigten eine große Spannbreite an Wertvorstellungen und schließlich erlebte die Teilnehmergruppe sogar den polnischen Premier Donald Tusk vor dem Rednerpult. Positiv ist den Teilnehmenden zudem auf-

gefallen, dass die Gruppe stets ernst genommen wurde und das Gefühl hatte, auf einer Augenhöhe mit den Gesprächspartnern zu diskutieren. Einige Teilnehmende können sich nun gut vorstellen in einer der Institutionen Praktika zu absolvieren.

Insgesamt wurde von allen Teilnehmern die menschliche und persönliche Bedeutung betont, die diese deutsch-polnische Begegnung für sie hatte: Sie ermöglichte zum einen ein intensives Kennenlernen zwischen polnischen und

deutschen Studierenden. Zum anderen lernten die Studierenden dadurch zwei politische Systeme verstehen, die sich bei genauer Analyse als doch sehr unterschiedlich herausstellten. In dieser Hinsicht trug das Seminar zur Annäherung beider Nachbarländer auf Bevölkerungsebene bei. Dies sei, so ein Teilnehmer, sicherlich die effektivste und nachhaltigste Form von internationalem Dialog und grenzüberschreitender Integration.

Für das Sommersemester bewilligte die Stiftung für die

Deutsch-Polnische Zusammenarbeit (SDPZ) eine weitere Förderung für das ähnlich konzipierte und gemeinsam von Dr. Jürgen Treulieb und Artur Kopka geleitete Projektseminar „Struktur und Praxis politischer Beratung: Deutscher Bundestag und polnischer Sejm im Vergleich“, das ebenfalls am Lehrstuhl Vergleichende Politikwissenschaft zusammen mit der Fakultät für Politikwissenschaften und Journalismus der Adam Mickiewicz Universität in Poznan (AMU) durchgeführt wird.